

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبان های اروپایی

Aus: Ausgabe vom 09.09.2017, Seite 4 / Inland

Von Markus Bernhardt
10.09.2017

«Politik des Sterbenlassens»

*Migrationsforscher und Flüchtlingshelfer kritisieren BRD und EU. Demonstration für
Recht auf Familiennachzug in Berlin*



Geflüchtete protestierten am Freitag vor der CDU-Bundeszentrale gegen die Forderung des Innenministers, Menschen mit eingeschränktem Schutzstatus auch nach dem März 2018 das Nachholen von Kindern und Ehepartnern zu verweigern

Foto: Florian Boillot

Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) will Geflüchteten mit eingeschränktem Schutzstatus das Recht auf Zusammenleben mit ihrer Familie über den März 2018 hinaus vorenthalten. Der Widerstand gegen diesen Vorstoß wächst. Dergleichen sei unerträglich,

erklärte Katharina Müller vom Flüchtlingsrat Berlin am Freitag. Der Schutz von Familie und Ehe sei »eins der höchsten Rechtsgüter unserer Verfassung«, erinnerte sie. Anscheinend solle dies aber nicht für diejenigen gelten, die »um ihre Angehörigen in Kriegsgebieten bangen«.

Der Familiennachzug zu Flüchtlingen, denen im Asylverfahren nur ein sogenannter subsidiärer Schutzstatus zuerkannt wurde, war im März 2016 mit Verabschiedung des Asylpakets II durch den Bundestag für zwei Jahre ausgesetzt worden. Danach hatte sich die Entscheidungspraxis des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) geändert. Wie der Flüchtlingsrat kürzlich mitteilte, erhielten von den syrischen Asylsuchenden seit August 2016 »deutlich mehr als die Hälfte nur den subsidiären Schutz statt des Flüchtlingsstatus nach der Genfer Flüchtlingskonvention«. Die Betroffenen seien damit von der Aussetzung des Rechts auf Familiennachzug betroffen. Dies gelte auch für zahlreiche Asylsuchende aus dem Irak, aus Afghanistan, Eritrea und Somalia.

Am Freitag prozestierten rund 50 Menschen vor der CDU-Parteizentrale in Berlin gegen die Pläne des Innenministers. Gegenüber *jW* berichtete Katharina Müller, ein Abteilungsleiter aus dem Haus in der Klingelhöferstraße habe im Gespräch mit Teilnehmern betont, die Verlängerung der Aussetzung des Familiennachzugs werde vom Minister gefordert. Dies sei aber keine Position der CDU. Der bayerische Ministerpräsident und CSU-Chef Horst Seehofer verlangte am Mittwoch sogar eine generelle Abschaffung des Rechts auf Familiennachzug für Flüchtlinge mit eingeschränktem Schutzstatus.

Demgegenüber mahnte die Bundestagsabgeordnete Ulla Jelpke (Die Linke) am Freitag, die Bundesregierung müsse »endlich wirksame Maßnahmen zur Beschleunigung von Asylverfahren ergreifen und die Hindernisse für eine erfolgreiche Integration der Flüchtlinge abbauen«. Dazu gehöre »in erster Linie« die Rücknahme der Aussetzung des Familiennachzugs.

Deutliche Kritik am Umgang der Bundesregierung mit Geflüchteten kam auch vom Rat für Migration, einem Zusammenschluss von mehr als 150 Wissenschaftlern. Er stellte am Freitag in Berlin ein »Manifest für eine zukunftsfähige Migrations-, Flüchtlings- und Integrationspolitik« vor. Darin konstatieren die Fachleute, in Europa sei ein wachsender Einfluss »eines Abwehernationalismus zu beobachten«. Flüchtlinge würden zunehmend als Bedrohung wahrgenommen und dargestellt – nicht nur von rechten, sondern auch von »Parteien der politischen Mitte«. Die Grenzforscherin Sabine Hess kritisierte, die EU setze auf Abschottung und sei zu einer »Politik des Sterbenlassens« zurückgekehrt.